

werbesteuer und der Grunderwerbssteuer. Da jedoch gleichzeitig die bisher bestehende Industrie- und Handelssteuer abgeschafft werde, so der stellvertretende Finanzminister Xiang Huaicheng, verändere sich die steuerliche Belastung nicht wesentlich. (XNA, 21.13.93)

Nach Angaben von Jin Xin, Direktor des Zentralen Steueramtes, könnten Auslandsunternehmen jedoch in den Genuß von Rückvergütungen bei einem Anstieg ihrer steuerlichen Belastung während eines Zeitraumes von fünf Jahren kommen. Von dieser Regelung sind jedoch Auslandsunternehmen ausgenommen, die nach dem 1. Januar 1994 gegründet würden. Gleichzeitig wies Jin Xin darauf hin, daß bestehende Steuervergünstigungen in den Sonderwirtschaftszonen, in der neuen Sonderzone Pudong bei Shanghai sowie in den sonstigen Sonderzonen unverändert bleiben würden. (IHT, 13.1.94)

Obwohl darauf hingewiesen wurde, daß Auslandsunternehmen nach der Steuerreform nicht mehr Steuern als zuvor zahlen müßten, denken den Joint Venture-Manager über die Notwendigkeit einer Preiserhöhung nach. Insgesamt werden die Auswirkungen der Veränderungen des Steuer- und Wechselkursystems noch als nicht absehbar eingeschätzt. (IHT, 4.1.94) Für ausländische Immobilienunternehmen stellt die Einführung der Grunderwerbssteuer zwischen 30-60% eine starke Belastung dar. Vermutet wird, daß hierdurch die Abkühlung des überhitzten Grundstücks- und Immobilienmarktes, die auf dem Konjunkturdämpfungsprogramm Zhu Rongjis stand, erreicht werden soll. (IHT, 7.1.93)

Die Umsetzung der Steuerbestimmungen gegenüber den Auslandsunternehmen wird als recht problematisch eingestuft, da u.a. versierte Steuerbeamte und Steuerberater fehlten und Steuerbestimmungen oftmals ad hoc interpretiert würden, so daß sich Auslandsunternehmen mit der Willkür örtlicher Steuerbehörden rechnen müßten. (HB, 2.12.93) -schü-

Binnenwirtschaft

***(25)**

Statistikamt weist auf Probleme in der Wirtschaftsentwicklung 1993 hin

Auf einer Pressekonferenz am 28.12.93 bezeichnete der Sprecher des Zentralen Statistikamtes, Ye Zhen, die Wirtschaftsentwicklung 1993 zwar als grundsätzlich gut, doch seien eine Reihe von Problemen entstanden, zu denen insbesondere die hohe Inflation zählen würde. So müsse 1993 mit einer Erhöhung der Einzelhandelspreise um 13% und der Lebenshaltungskosten um 14,5% gerechnet werden. In den 35 großen Städten beliefe sich die Inflationsrate (Lebenshaltungskosten) sogar auf 19,5%; einige Städte wie Ningbo (25,3%), Nanning (24,9%), Guangzhou (23,9%), Qingdao (23,2%), Shanghai (20,3%), Beijing (19,3%) und Tianjin (16,3%) hätten einen besonders hohen Preisanstieg zu verzeichnen. Das Ziel für das kommende Jahr sei demnach, eine stärkere Kontrolle über die Preisentwicklung für Güter des täglichen Bedarfs durchzusetzen.

Als weiteres Problem nannte Ye Zhen die Produktions- und Management-schwierigkeiten, denen sich die staats-eigenen Betriebe weiterhin gegenüber sehen würden. Bis Ende November sei der Anteil der Verlustunternehmen wieder auf 37,3% gestiegen und ihre Verluste hätten sich um 20,1% im Vergleich zur Vorjahresperiode auf 29,2 Mrd. Yuan erhöht.

Auch die zu starke Zunahme der Anlageinvestitionen sowie die Investitionsstruktur bewertete das Statistikamt kritisch. So sei mit einem Anstieg der Anlageinvestitionen der staatseigenen Einheiten 1993 um 40% gegenüber dem Vorjahr zu rechnen, während gleichzeitig der Anteil der Investitionen in den Energiesektor sowie in die Rohstoffherzeugung und die Produktion von Halbfertigwaren zurückgehen werde. Weiterhin würden die Investitionen in die Landwirtschaft offensichtlich zu gering und die Erhöhung der ländlichen Einkommen zu langsam sein. (RMRB, 29.12.93; Xinhua News Agency Domestic Service, in Chinese, 28.12.92, in SWB, 31.12.93)

Im November 1993 ging das Statistikamt von einer gesamten Höhe der Anlageinvestitionen von 1.150 Mrd. Yuan aus, ein Anstieg um 46% gegenüber dem Vorjahr. (XNA, 23.11.93)

Die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate wird nach der Einschätzung des Statistikamtes für 1993 preisbereinigt bei rd. 13% liegen. Im Gegensatz zum industriellen Hochwachstum von über 20% wird im landwirtschaftlichen Sektor mit einer Steigerung des Brutto-produktionswertes von lediglich 3,7% gerechnet. Die Getreideernte fiel nach Angaben des Statistikamtes doch etwas höher als zunächst erwartet aus und betrug 456,4 Mio t (+3,1%), der Output von Ölpflanzen belief sich auf 17,61 Mio t (+7,3%). (XNA, 23.11.93; Xinhua News Agency, in English, 28.11.93, in SWB, 8.12.93)

Eine Schätzung des Statistikamtes Ende November geht für 1993 von einem Anstieg des nominalen Einzelhandelsumsatzes um 23% und preisbereinigt um 9% aus. Die Einkommen der städtischen Bevölkerung werden sich voraussichtlich um real 12% (2.350 Yuan) und der ländlichen Bevölkerung um real 2% (860 Yuan) erhöhen. (XNA, 23.11.93) -schü-

***(26)**

Einführung neuer Steuern zum Jahresbeginn 1994

Zum 1. Januar 1994 treten neue Steuerarten, wie Mehrwertsteuer, Verbrauchssteuer, Grunderwerbssteuer, Einkommenssteuer für inländische Unternehmen, Gewerbesteuer und eine Steuer beim Abbau natürlicher Rohstoffe in Kraft.

Mehrwertsteuer:

Der allgemeine Mehrwertsteuersatz beim Verkauf von Waren, bei der Verarbeitung, bei Reparatur- und Montageleistungen und beim Import von Gütern beträgt 17%, ein geringerer Satz von 13% gilt für:

- Verkauf oder Import von Getreide und Pflanzenöl,
- Wasserversorgung, Gaslieferung für Heizung und Kühlung, etc.,
- Bücher, Zeitungen und Zeitschriften,

- Viehfutter, Kunstdünger, Pestizide, Landwirtschaftsmaschinen und Plastikfolien für den Einsatz in der Landwirtschaft und
- für andere vom Staatsrat spezifizierete Güter.

Näheres hierzu in "Interim Regulations of the People's Republic of China on Value-Added Tax", in Xinhua News Agency Domestic Service, in Chinese, 13.12.93, nach SWB, 22.12.93; chinesischer Originaltext in RMRB, 14.12.93.

Verbrauchssteuer:

Verbrauchssteuern werden bei der Produktion, Verarbeitung von Konsumgütern und beim Import bestimmter Güter erhoben. Zu den Gütern, auf denen Verbrauchssteuern erhoben werden, zählen z.B. Zigaretten, Alkohol, Schmuck und Kfz. Die Steuersätze sind sehr unterschiedlich, wie folgende Aufstellung zeigt:

- Tabak:
 - 45%: Klasse A-Zigaretten (Alle Importzigaretten)
 - 40%: Klasse B-Zigaretten
 - 30%: Schnittabak
- Alkohol:
 - 25%: Getreidebranntwein
 - 15%: Kartoffelbranntwein
 - 240 Yuan/t: Branntwein aus Reis oder Hirse
 - 220 Yuan/t: Bier
 - 10%: Andere alkoholische Getränke
 - 5%: Alkohol (reiner)
- 30%: Kosmetik
- 17%: Haut- und Haarpflegeprodukte
- 10%: Wertgegenstände (incl. Juwelen aus Gold, Silber, Edelsteinen, Jade, Perlen)

Näheres hierzu in "Interim Regulations on Consumption Tax of the People's Republic of China", in Xinhua News Agency Domestic Service, in Chinese, 13.12.93, nach SWB, 17.12.93; chinesischer Originaltext in RMRB, 14.12.93.

Gewerbsteuer:

Die Steuer bezieht sich insbesondere auf Dienstleistungen, den Transfer immaterieller Aktiva und den Verkauf von Immobilien, wobei bestimmte Dienstleistungen von der Besteuerung ausgenommen werden. Hierzu zählen Dienstleistungen durch Kindertagesstätten und Kindergärten, Altenpflege-

heimen und anderen Wohlfahrtsorganisationen. Der Steuersatz liegt zwischen 3-5% im Durchschnitt, für Unterhaltungsdienstleistungen gilt jedoch ein Spitzensatz bis zu 20%:

- 3%: Transportdienstleistungen
- 3%: Bau-, Installations- und Dekorationsdienstleistungen
- 5%: Banken und Versicherungen
- 3%: Post- und Telekommunikationsdienstleistungen
- 3%: Kultur und Sport
- 5-20: Dienstleistungen im Unterhaltungsgewerbe (z.B. Karaoke-Bars, Golfplätze)
- 5%: Hotelgewerbe, Tourismus, Leasing, Werbung u.a. Dienstleistungen
- 5%: Transfer von Landnutzungsrechten, Patenten, Handelsmarken, Copyrights
- 5%: Verkauf von Immobilien und Grundstücken

Näheres hierzu in "Interim Regulations of the People's Republic of China on Business Tax", in Xinhua News Agency Domestic Service, in Chinese, 13.12.93, nach SWB, 22.12.93; chinesischer Originaltext in RMRB, 14.12.93.

Einkommenssteuer für (inländische) Unternehmen:

Diese Steuer bezieht sowohl die staatseigenen Unternehmen als auch alle übrigen inländischen Unternehmen ein, für die nunmehr ein allgemeiner Steuersatz von 33% gilt. Die besteuerten Einkommensarten umfassen Einkommen aus Produktion und Gewerbe, Zins-, Leasing- und Patent-einkommen, Dividenden sowie andere Einkommensarten.

Näheres hierzu in "Interim Regulations of the People's Republic of China on Enterprise Income Tax", in Xinhua News Agency Domestic Service, in Chinese, 14.12.93, nach SWB, 22.12.93; chinesischer Originaltext in RMRB, 15.12.93.

Gründerwerbssteuer:

Diese Steuer ist auf Einkommen aus dem Transfer von Nutzungsrechten aus der Nutzung staatseigenen Bodens und auf Einkommen aus dem Transfer der auf diesen Grundstücken bebauten Gebäude zu zahlen. Es wird also der Wertzuwachs eines Grundstücks unter Abzug der Erwerbs- und Entwicklungskosten besteuert. (NfA, 29.12.93) Es werden progressive Steuersätze zwischen 30-60% angewendet.

Näheres hierzu in "Interim Regulations on the Value-Added Land Tax of the People's Republic of China", in Xinhua News Agency Domestic Service, in Chinese, 14.12.93, nach SWB, 17.12.93; chinesischer Originaltext in RMRB, 15.12.93

Steuer auf Abbau natürlicher Ressourcen:

Die Steuer betrifft den Abbau von Mineralien und die Gewinnung von Salz und sieht folgende Steuersätze vor:

- 8-30 Yuan/t für Rohöl
- 2-15 Yuan/1000 cbm für Erdgas
- 0,3-5 Yuan/t Kohle
- 0,5-20 Yuan/t für andere nichtmetallische Erze
- 2-30 Yuan/t für eisenhaltige Erze
- 0,4-30 Yuan/t für NE-Metalle
- 10-60 Yuan/t für Salz (fest)
- 2-10 Yuan/t für Salz (flüssig)

(XNA, 29.12.93, Originaltext in RMRB, 29.12.93)

Finanzminister Liu Zhongli wies in einem Interview Mitte Dezember darauf hin, daß die Einführung der neuen Steuern weder die Unternehmen zusätzlich steuerlich belasten, noch die Preise erhöhen würde. So sei beispielsweise die Verbrauchssteuer keine zusätzliche Steuer, sondern ersetze die bis dahin bestehende Produktsteuer und würde durch die Mehrwertsteuer ergänzt werden.

Obwohl sich die steuerliche Belastung für die Unternehmen insgesamt nicht erhöhten würde, sei doch mit einer gewissen Umstrukturierung der Steuern zwischen verschiedenen Unternehmen und unterschiedlichen Produkten zu rechnen, so daß einige Unternehmen mehr Steuern als bisher zahlen müßten. Als Ausgleich werde beabsichtigt, die Erhebung von Abgaben für staatliche Schlüsselprojekte in Energie- und Kommunikationsbereichen sowie Ablieferungen an den Haushaltsregulierungsfonds zu beenden; hiervon waren bisher staatseigene Unternehmen betroffen. (Xinhua Domestic Service, in Chinese, 16.12.93; in SWB, 1.1.94)

In einer Telefonkonferenz mit den Leitern der Steuerämter oberhalb der Kreisebene warnte Jin Xin Ende Dezember davor, zusätzliche lokal geltende Steuerbefreiungen außerhalb der von den Bestimmungen festgelegten

Möglichkeiten einzuräumen. Die Beendigung dieser Praxis sei die Voraussetzung dafür, daß gleiche Wettbewerbschancen entstehen und Steuerverluste eingedämmt werden könnten. Obwohl die neuen Steuerarten nicht die Belastung der Unternehmen vergrößern und die Produkte verteuerten, müsse damit gerechnet werden, daß einige Unternehmen diese Gelegenheit zu Preiserhöhungen nutzen würden. Deshalb, so Jin Xin, müsse mit den entsprechenden Abteilungen zusammengearbeitet werden, um ein derartiges Verhalten umgehend zu unterbinden. (XNA, 26.12.93)

Die Zulassung von Märkten und privaten Unternehmenstätigkeiten machte die Schaffung neuer steuerlicher Bestimmungen unumgänglich, da die Zunahme des Steueraufkommens weit hinter dem wirtschaftlichen Entwicklungstempo zurückblieb. Mit der Einführung der Verbrauchssteuern zusammen mit der ebenfalls ab Januar 1994 geltenden (individuellen) Einkommenssteuer mit progressiven Steuersätzen, ist nunmehr auch ein Instrument zur Besteuerung von Bevölkerungsgruppen mit hohem Einkommen geschaffen worden. Die Einkommensunterschiede haben sich im Reformverlauf deutlich erhöht. Nach offiziellen Schätzungen soll es 1992 rd. 4,3 Millionen Personen gegeben haben, die 30.000 Yuan pro Jahr verdienen (US\$ 5.180), während die städtischen Durchschnittseinkommen bei 1.826 Yuan und die ländlichen Einkommen bei 784 Yuan lagen. (IHT, 16.12.93)

Die neuen Steuerarten ersetzen bestehende Steuerbestimmungen und sollen gleichzeitig das Steuersystem vereinfachen. Jin Xin, Direktor des Zentralen Steueramtes, spricht von einer Reduzierung der Steuerkategorien von bisher 32 auf 18. (Xinhua Domestic Service in Chinese, 14.12.93; in SWB, 17.12.93)

Als Ziele der Steuerreform gelten die Vereinheitlichung und Vereinfachung des Steuersystems, eine gerechte Steuerverteilung, eine neue rationale Aufteilung der Einnahmen zwischen Zentralregierung und Lokalregierungen und eine Anhebung des gesamten Steueraufkommens. Die Durchsetzung der neuen Steuerbestimmungen setzt jedoch einen funktionsfähigen und über die notwendigen Kompetenzen verfügenden Verwaltungsapparat vor-

aus, der die Steuereinzahlung und Kontrolle durchführt, sowie Instanzen zur Lösung möglicher Konflikte bei der Steuererhebung. Auf diesen Gebieten bestehen derzeit jedoch noch große Defizite. -schü-

*(27)

Aufteilung der neuen Steuern zwischen Zentralregierung und Lokalregierungen

Der stellvertretende Finanzminister Xiang Huaicheng wies Ende November darauf hin, daß durch die neue Aufteilung der Steuern zwischen Zentralregierung und Lokalregierung der Anteil der Zentrale auf rund 60% erhöht werden soll. Trotz der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre sei das Steueraufkommen der Zentrale von 57% im Jahre 1981 auf 38,6% im Jahre 1991 zurückgegangen. Hierdurch seien große finanzielle Schwierigkeiten entstanden und wäre das Haushaltsdefizit kontinuierlich gewachsen.

Mit Blick auf die Steuerarten, die das zentralstaatliche Interesse betreffen, nannte Xiang Zölle, von den Zöllbehörden einbehaltende Verbrauchssteuern, die Mehrwertsteuer, Einkommenssteuern der staatseigenen Unternehmen sowie Gewerbesteuern der Eisenbahnen, Banken und Versicherungen. Die von den Lokalregierungen eingezogenen Steuern seien (sonstige) Gewerbesteuern, Einkommenssteuern der lokalen Unternehmen und die individuelle Einkommenssteuer. Zwischen der Zentralregierung und den Lokalregierungen aufzuteilende Steuerarten umfaßten die Mehrwertsteuer, sowie die Steuern im Bereich des Wertpapierhandels und die Steuer auf den Abbau natürlicher Ressourcen. Beispielsweise würde die Aufteilung der Mehrwertsteuer in einem Verhältnis von 75% für die Zentralregierung und 25% für die Lokalregierungen erfolgen. Bei der Wertpapiersteuer, die derzeit lediglich in Shanghai und Shenzhen erhoben werde, sei eine 50-%ige Aufteilung vorgesehen. Die Steuer auf den Abbau natürlicher Ressourcen, die im wesentlichen in den ärmeren Provinzen in Zentral- und Westchina von Bedeutung ist, könne weiter der lokalen Ebene zufließen. Während sich die Zentralregierung das Recht auf Steueraufteilung hierfür

vorbehalte, gingen die Steuereinnahmen aus der Offshore-Erdölexploration direkt an die Zentrale.

Um den Zugriff der Zentrale auf die ihr zustehenden Einnahmen zu sichern, sollen getrennte zentralstaatliche und lokale Steuerbehörden eingerichtet werden. Insgesamt, so Xiang, würde das neue System der Steueraufteilung schrittweise durchgeführt werden und in der Übergangsphase noch eine Reihe alter Bestimmungen Gültigkeit haben. (XNA, 24.11.93)

In dieser Aussage Xiangs spiegelt sich der Versuch wider, die gegen eine Neuverteilung der Steuereinnahmen eingestellten Provinzen zu beruhigen. Finanzminister Liu Zhongli kündigte demnach auch an, daß das lokale Steueraufkommen durch die Reform nicht wesentlich zurückgehen werde. So würden die Lokaleinnahmen des Jahres 1993 als Basis der zukünftigen Berechnung herangezogen. Versuche von Lokalregierungen, die Steuereinnahmen für 1993 künstlich zu erhöhen, um eine bessere Ausgangsposition zu haben, müßten jedoch sofort beendet werden. Liu Zhongli warnte die Lokalregierungen auch vor Versuchen, die neue Steueraufteilung zu unterlaufen. (Xinhua News Agency, in English, 5.12.93, in SWB, 7.12.93)

Nach einem Bericht der *South China Morning Post* vom 1.12.93 hätten die Lokalregierungen nur der neuen Steueraufteilung zugestimmt, nachdem die Zentralregierung umfangreiche Zugeständnisse gemacht habe. Hierzu zähle beispielsweise die Garantie, daß die Lokalregierungen Steuern dann von der Zentrale zurückfordern könnten, wenn ihr neues Steueraufkommen niedriger als das derzeitige ausfallen würde. Daß die Lockerung bestimmter Konjunkturdämpfungsmaßnahmen eine weitere Forderung der Lokalregierung war und letztendlich den Kompromiß bei der Steueraufteilung ermöglichte, vermuten andere ausländische Experten (IHT, 16.12.93) -schü-

*(28)

Industrieproduktion 1993

Nachdem die monatliche Zuwachsrate der Industrieproduktion (Jahresbasis) zwischen Juli bis Oktober eine abnehmende Tendenz auswies, erhöhte sich das Wachstumstempo im November

wieder auf fast 19%. Im Zeitraum Januar bis November 1993 stieg die Industrieproduktion um 22,7%; die Zuwachsrate der staatseigenen Industriebetriebe belief sich auf rd. 8%. Das geringere Wachstumstempo in den Monaten August, September und Oktober wird auf die Konjunkturdämpfungsmaßnahmen der Regierung zurückgeführt.

Für das gesamte Jahr gibt das Zentrale Statistikamt eine Zunahme des industriellen Bruttoproduktionswertes von 23,6% bekannt. Der Anstieg der Industrieproduktion der staatseigenen Betriebe betrug 8,9%, der kollektiveigenen Betriebe 39,8% und der ländlichen Betriebe 57,6%.

*Wachstum der Industrieproduktion
(im Vergleich zum Vorjahresmonat)*

Monat	Wachstumsrate
Jan.-Juni	25,1
Juni	30,2
Juli	25,1
August	23,4
September	19,1
Oktober	16,4
November	18,9
Jan.-Nov.	22,7
Dez.	n.v.
Jan.-Dez.	23,6

Quelle: Zhongguo Xinwen She News Agency, in Chinese, 11.11.93, in SWB, 8.12.93; Xinhua News Agency, in English, 28.11.93, in SWB, 8.12.93; IHT, 12.1.94

Die Industrieproduktion der sechs Küstenprovinzen von Shandong bis Hainan erhöhte sich 1993 mit einer Zuwachsrate von mehr als 30%; ihr Beitrag zur Outputsteigerung betrug 58,3%. Das industrielle Wachstumstempo der Inlandsprovinzen sowie der Provinzen im Westen fiel dagegen weiter gegenüber den genannten Küstenprovinzen zurück (keine näheren Angaben dazu). (Zhongguo Xinwen She News Agency, in Chinese, 11.11.93, in SWB, 8.12.93; Xinhua News Agency, in English, 28.11.93, in SWB, 8.12.93; IHT, 12.1.94)

Dem schnellen Wachstum der Industrieproduktion stehen weiterhin die Probleme der staatseigenen Betriebe gegenüber, deren wirtschaftliche Effizienz sich noch nicht wesentlich verbessert hat. -schü-

*(29)

Industrieunfälle drastisch gestiegen

Die *China Daily* berichtete am 15.12.93 von einem hohen Anstieg der Industrieunfälle. Einem Bericht des Arbeitsministeriums zufolge seien zwischen Januar bis August d.J. 11.600 Beschäftigte bei Industrieunfällen zu Tode gekommen, ein Anstieg um 112,9% im Vergleich zur Vorjahresperiode.

Eine der häufigsten Ursachen für Industrieunfälle ist dem Bericht nach der Ausbruch von Bränden in den Betrieben. In den ersten zehn Monaten d.J. wurden allein 28.200 Brände registriert, in denen 1.480 Beschäftigte starben und 51.340 Personen verletzt wurden. Der hierdurch entstandene Sachschaden wird mit 845 Mio. Yuan angegeben.

Die steigende Zahl der Industrieunfälle habe auch, so *China Daily*, Beunruhigung bei der Regierung ausgelöst. Das Arbeitsministerium sowie andere Ministerien hätten inzwischen mit einer landesweiten Kampagne zur Überprüfung der Sicherheitsbestimmungen mit Schwerpunkt in den Industriebetrieben, im Transportsektor sowie in den Kohleminen begonnen.

Als ein Grund für die Zunahme von Industrieunfällen wird die Überbetonung von Produktionssteigerungen zu Lasten der Sicherheit der Beschäftigten durch manche Lokalregierungen und Unternehmen, insbesondere durch Joint Venture-Unternehmen sowie Gemeinde- und Privatunternehmen, genannt. Fehlentscheidungen der Unternehmensleitungen sowie eine unzureichende Ausstattung mit Sicherheitseinrichtungen seien weitere Gründe.

Allein im November und Dezember haben sich eine Reihe von Industrieunfällen ereignet, die das Problem mangelnder Sicherheitsvorkehrungen und ihrer Einhaltung besonders deutlich machten. So brach beispielsweise im

November in einer mit Hongkonger Kapital gegründeten Spielzeugfabrik in Kuyong (bei Shenzhen und Hongkong gelegen) aufgrund eines Kurzschlusses ein Brand aus. In dem Feuer starben 84 Menschen und 45 wurden verletzt, zum überwiegenden Teil weibliche Arbeitskräfte aus Sichuan und Hunan. In einem Untersuchungsbericht des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes wurde Ende Dezember dargelegt, daß mehr Menschen hätten gerettet werden können, wenn von den vier Notausgängen nicht drei verschlossen gewesen wären und der vierte die vorgeschriebene Größe gehabt hätte.

Die unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen waren der Spielzeugfabrik bereits acht Monate vor dem Unfall mitgeteilt worden, doch hatte die Gemeinderegierung von Kuyong von der Durchsetzung zusätzlicher Auflagen abgesehen, um das "Investitionsklima nicht zu verschlechtern". (SCMP, 20.11.93; CD, 27.12.93)

Der Ausbruch eines Feuers in einer mit taiwanesischem Kapital gegründeten Textilfabrik in Fuzhou, Provinz Fujian, kostete im Dezember 60 Menschen das Leben. Der ebenfalls durch einen Kurzschluß entstandene Brand begann im Lagerhaus und griff schnell auf die angrenzenden Werkhallen und Wohngebäude über. Auch hier waren überwiegend weibliche Arbeitskräfte aus den Inlandsregionen beschäftigt. (IHT, 15.12.93; CD, 15.12.93)

Ein hoher Anteil der Industrieunfälle spielt sich seit Jahren aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen regelmäßig in den Kohlegruben ab. Allein 1990 und 1991 sollen jeweils fast 10.000 Bergleute bei schweren Unfällen ihr Leben verloren haben; für 1992 wird sogar von einer höheren Zahl ausgegangen. (FAZ, 5.2.93) -schü-

*(30)

Anstieg der städtischen Arbeitslosigkeit

Nach Angaben des Arbeitsministeriums stieg die städtische Arbeitslosenquote von 2,4% im Jahre 1992 auf 2,6% im Jahre 1993; allein zwischen Januar bis Oktober erhöhte sich die Arbeitslosenzahl um 850.000. Von den rd. vier Millionen Arbeitslosen erhielten 900.000 Personen Arbeitslosengeld.

Für acht Millionen Arbeitssuchende konnte dem Ministerium zufolge in diesem Jahr ein Arbeitsplatz bereitgestellt werden. In den neu errichteten 2.400 Ausbildungszentren werden derzeit 1,1 Mio. Personen weiterqualifiziert. (XNA, 11.12.u. 21.12.93)

Die offizielle städtische Arbeitslosenquote - die ländlichen Gebiete werden nicht erfaßt - spiegelt jedoch die derzeitigen Beschäftigungsprobleme nur unzureichend wider. Ausgehend von einer hohen Unterbeschäftigung gehen Schätzungen von einer Zahl in Höhe von 13 Mio. Arbeitskräften aus, die keinen vollwertigen Arbeitsplatz haben (siehe hierzu Übersicht "Belastungen für Chinas Arbeiterschaft und die Rolle der Gewerkschaften").

Maßnahmen des Arbeitsministeriums für das kommende Jahr sehen eine wirkungsvolle Kontrolle der ländlichen Arbeitsmigration und eine Verbesserung der Beschäftigungssituation in bestimmten Industriezweigen vor. Auch sollen strengere Auflagen an die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte gebunden werden.

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze soll durch besondere Anreize zur Gründung von kollektiven, privaten und Auslandsunternehmen gefördert werden, insbesondere im Dienstleistungssektor, in arbeitsintensiven Bereichen sowie in kleinen und mittleren Betrieben. Auch ein weiterer Ausbau der Dienstleistungen für einen funktionierenden Arbeitsmarkt ist geplant. Gleichzeitig soll die Arbeitslosenversicherung ausgeweitet werden, um die materielle Absicherung der Arbeitslosen zu garantieren. (Xinhua News Agency, in English, 10.12.93, in SWB, 13.12.93) -schü-

*(31)

Shanghai will weiteren Zustrom ländlicher Arbeitskräfte verhindern

Die Shanghaier Regierung wird noch vor Beginn des chinesischen Frühlingsfestes am 10.2.94 neue Bestimmungen erlassen, die den Zustrom ländlicher Arbeitskräfte in die Stadt regulieren sollen. Die Bestimmungen sehen vor, daß bei einer Einstellung von ländlichen Arbeitskräften die Genehmigung beim zuständigen Arbeitsamt der Stadt- bzw. der Distriktregierung beantragt werden muß. Generell besteht die Auflage, daß zunächst Arbeitskräf-

te mit Wohnsitz in Shanghai gegenüber solchen aus anderen Regionen einzustellen sind. Unternehmen, die Arbeitskräfte beschäftigen wollen, müssen Vermittlungsverträge mit den Arbeitsämtern abschließen, können also nicht mehr selbständig die Einstellung durchführen. Außerdem müssen Unternehmen nachweisen, daß sie den Arbeitskräften von außerhalb entsprechende Wohn- und Sicherheitsbedingungen bieten können.

Shanghai hat im Reformverlauf eine starke Zuwanderung von ländlichen Arbeitskräften erlebt. Nach offiziellen Angaben sollen rd. 2,5 Mio. Wanderarbeiter aus den ländlichen Gebieten in Shanghai leben, von denen 1,5 Mio. eine Beschäftigung in der Industrie und im Baugewerbe gefunden hätten. (CD, 24.12.93) Obwohl Chen Zhengxing von der Shanghaier Stadtregierung positiv hervorhebt, daß alle größeren Bauprojekte mit dem Einsatz ländlicher Arbeitskräfte realisiert wurden, könne doch keine Stadt dem Druck eines unbegrenzten Zustroms von arbeitssuchenden Bauern standhalten. Da die ländlichen Arbeitskräfte vor allem aus der Provinz Anhui sowie aus den Provinzen Henan, Jiangxi, Zhejiang und Sichuan rekrutieren, versucht die Shanghaier Regierung nunmehr in Abstimmung mit diesen Regionen, Maßnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung durchzusetzen. (Xinhua News Agency, in English, 16.12.93, in SWB 18.12.93)

Auch die Provinz Guangdong weist eine hohe Zahl von ländlichen Wanderarbeitern auf, die bereits die 10-Millionen-Grenze überschritten haben soll. Offiziellen Angaben zufolge haben sieben Millionen Menschen aus anderen Regionen in Guangdong eine Genehmigung für einen zeitlich befristeten Aufenthalt in Guangdong erhalten, während sich drei Millionen Arbeitskräfte als Saisonarbeiter in den ländlichen und städtischen Regionen der Provinz befinden. Obwohl die ländlichen Arbeitskräfte bei der raschen Wirtschaftsentwicklung eine wichtige Funktion erfüllt haben, gibt es auch deutliche Schattenseiten. So sollen im Durchschnitt über 50% der aufgegriffenen Straftäter von außerhalb Guangdongs kommen, in den wirtschaftlichen Boomgebieten sogar 70-80%. Auch in Guangdong muß zukünftig die Zustimmung der Arbeitsämter für die Einstellung ländlicher Arbeitskräfte von außerhalb der Provinz von den Unter-

nehmen eingeholt werden. (Zhongguo Tongxun She News Agency, Hongkong, in Chinese, 17.12.9, in SWB, 17.12.93)

Die *Renmin Ribao* berichtet am 18.12.93 von einem dreijährigen Programm des Arbeitsministeriums, durch das der Zustrom der ländlichen Arbeitskräfte in die Städte gebremst soll. Das "Meer der ländlichen Arbeitskräfte" (Nonggonghu) soll dem Programm zufolge im Rahmen rechtlicher Bestimmungen bei der Arbeitssuche koordiniert und organisiert werden. Die Städte sollen ihrerseits Regeln ausarbeiten und Maßnahmen durchführen; vor allem gegen den starken Zustrom ländlicher Arbeitskräfte vor und nach dem Frühlingsfest müßten wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden. -schü-

Taiwan

*(32)

Neuer Meilenstein in den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße - Zum ersten Mal halbamtliche "chinesisch-chinesische" Gespräche in Taiwan

Vom 18.-22. Dezember fanden zum ersten Mal seit der militärischen und politischen Trennung zwischen dem chinesischen Festland und der Insel Taiwan 1949 halbamtliche Gespräche beider Seiten in Taiwan statt. Formell gibt es immer noch keine offiziellen und direkten Verbindungen zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße. Zwar sprechen Beijing und Taipei von einer friedlichen Einigung Chinas, aber ihre Standpunkte liegen weit auseinander. Während Taipei Verhandlungen auf der Basis von zwei gleichberechtigten politischen Gebilden eines chinesischen Staates verlangt, sieht Beijing Taipei lediglich als eine lokale Regierung an und beharrt auf Verhandlungen zwischen der KPCh und der KMT (Kuomintang), also den beiden Regierungsparteien.

Zunächst wurde das Rote Kreuz beider Seiten von ihren Regierungen beauftragt, die humanitären Fragen im Zusammenhang mit den seit 1987 zunehmenden "indirekten" Zivilkontakten über einen Dritttort (hauptsächlich